

"Konjunktur lau" in Der Spiegel (25. November 1953)

Legende: Das deutsche Nachrichtenmagazin Der Spiegel wirft in seiner Ausgabe vom 25. November 1953 einen kritischen Blick auf die Auswirkungen der Montanunion auf die deutsche Kohle- und Stahlproduktion.

Quelle: Der Spiegel. Das deutsche Nachrichtenmagazin. Hrsg. AUGSTEIN, Rudolf ; Herausgeber BECKER, Detlev. 25.11.1953, n° 48; 7. Jg. Hamburg: Spiegel-Verlag G.M.B.H. "Konjunktur lau", p. 5-6.

Urheberrecht: (c) Der Spiegel

URL: http://www.cvce.eu/obj/konjunktur_lau_in_der_spiegel_25_november_1953-de-b32aad37-0f13-4040-b57a-8314f99a2c94.html

Publication date: 21/01/2015

MONTAN-UNION

Konjunktur lau

Mit einiger Erleichterung konnte in der vergangenen Woche Hans-Heinrich von Herwarth, Chef des Bonner Protokolls, seinen diplomatischen Knigge zunächst einmal wieder zuklappen. Noch ehe er festgestellt hatte, daß ihm die Zeremonienbücher der klassischen Diplomatie sowieso keinen Aufschluß darüber geben können, wie man den Chef der heutigen supranationalen Kohle- und Stahlgemeinschaft Europas, Jean Monnet, empfängt, brachte ein Ferngespräch aus Luxemburg Monnets bedauernde Absage.

Telephon und Fernschreiber spielten noch eine Zeitlang zwischen Bonn und Luxemburg, bis über das vorgesehene Frühstück Jean Monnets mit Bundespräsident Heuss und den geplanten Empfang beim Bundeskanzler die offizielle Sprachregelung für die Presse getroffen war: Der Besuch wird wegen Arbeitsüberlastung der Hohen Behörde verschoben.

Völlig umsonst hat daher die Bundesregierung dem erwarteten Besuch einen publizistischen Empfangsteppich ausgebreitet. In ihrem „Bulletin“ unternahm sie es, das Wahlergebnis vom 6. September auch als ganz besondere Einverständniserklärung zum Schumanplan hinzustellen und „die Montanunion in der deutschen Öffentlichkeit wieder ins rechte Licht zu rücken“.

Dabei rückte das „Bulletin“ nur die westdeutschen Rohstahl-Ziffern der ersten beiden Quartale dieses Jahres in den Lichtkreis seiner Untersuchung. Vom dritten Vierteljahr war im Artikel „Die Wahrheit über die Montanunion“ nichts zu lesen. Gerade in dieser Zeit aber setzte der empfindliche Rückschlag ein: Von Juni bis August verkaufte die eisenschaffende Ruhrindustrie um hundert Millionen Mark weniger als in der gleichen Zeit des Vorjahres.

Die arbeitstägliche westdeutsche Rohstahlproduktion schmolz

- von 53 700 t im März
- auf 45 950 t im Oktober.

Im Raum Dortmund sank die Stahlerzeugung sogar um 22 Prozent, und bei der größten westdeutschen Stahlgesellschaft, der Dortmund-Hörder Hüttenunion AG, verließen in den letzten beiden Monaten nur noch je 145 000 Tonnen Stahl das Werk gegen fast 200 000 Tonnen monatlich im vergangenen Jahr.

Zum erstenmal seit Kriegsende mußten in den Dortmunder Stahlwerken Arbeiter ihr Bündel schnüren. Außer der Verhängung einer absoluten Einstellungssperre wurden die immer noch arbeitswilligen Älteren entlassen: Die 68jährigen verließen das Werk am 1. Juli, die 67jährigen am 1. August und die 66jährigen am 1. Oktober.

Dem vom Arbeitnehmer-Element gestellten „Arbeitsdirektor“ Wilhelm Schäfer fiel das Los zu, erstmalig in der Geschichte der westdeutschen Mitbestimmung der Arbeiterschaft planmäßige Entlassungen begreiflich zu machen. In einer Versammlung mußte auch der SPD-Betriebsratsvorsitzende Dietrich Keuning (MdB) zugeben, daß es dafür, da die Gesellschaft anstatt Dividenden zu zahlen, jede Mark in den Betrieb steckte, nur eine Erklärung gab: die laue Konjunktur.

Angesichts der Versprechungen in der Präambel des Schumanplan-Vertrages über die konjunkturbelebende Wirkung eines gemeinsamen Marktes ist das jedoch das letzte, was die Schwerindustrie von der Montanunion erwartet hätte. Vor allem, weil die erste Konjunkturflaute ja gleichzeitig auch die Bewährungsprobe der Kohle- und Stahlgemeinschaft sein sollte. Die Bilanz, die gegenwärtig überall zwischen Dortmund und Düsseldorf gezogen wird, lautet übereinstimmend.

Die Montanunion hat seit ihrem Inkrafttreten

- den Verbrauchern nichts gegeben, denn die Endpreise sind nicht gefallen,

- den Arbeitnehmern keine höheren Löhne und keine bessere Sozialversorgung gebracht,
- den Unternehmern außer Ansprachen und Reglementierungen eine hohe Umlage als Beitrag aufgebürdet.

Während gerade durch den Absatzrückgang die Investitionsprogramme der westdeutschen Werke mangels Bargeldes zu rutschen beginnen, liegen in Düsseldorfer Banktresoren viele Millionen Mark ertraglos fest. Sie bilden die Summe, die sich für den Investitions-Garantiefonds der Hohen Behörde seit Beginn des gemeinsamen Marktes aus der Umlage der deutschen Zechen und Hütten angesammelt hat.

Das bittere Wissen um diese unnützen Millionen ist angesichts der Schwierigkeit, aus den schwindenden Kasseneinnahmen die langfristigen Bauprogramme einzuhalten, an der Ruhr zum großen Stachel wider die Montanunion geworden. Ganz im Verschwiegenen geht in den Stahlküchen sogar schon der Gedanke eines Umlagestreiks gegen Jean Monnet um. Denn noch immer ist Westdeutschland mit dem Wiederaufbau seiner Stahlbetriebe durch den verspäteten deutschen Start weit hinter anderen Ländern zurück.

Seit 1946 betrug die jährliche Investition in den USA 2800 Millionen Mark, in Frankreich 780 Millionen und in Deutschland nur 230 Millionen Mark. Da trifft es die Industrie in der Bundesrepublik besonders schmerzlich, daß nach Jahren reibungsloser Verkäufe jetzt fast jede zweite Stahlfabrik in die Verlustzone geraten ist.

Die Verteilung der Investitionskredite, die Jean Monnet in allernächster Zeit aus den USA hereinbekommen will, wird deshalb für die deutsche Stahlwirtschaft zu einer lebenswichtigen Frage. Denn schon halten sich die kostengünstig arbeitenden modernisierten Stahlbetriebe innerhalb der Montanunion nicht mehr an die Verbote des Artikels 60 (keine unterschiedlichen Rabatte, keine Preisnachlässe usw.), um sich Kunden einzufangen.

Zudem ist Frankreichs Stahlwirtschaft in Lothringen äußerst aktiv, um ihre Stellung in der Union noch zu verstärken. Nachdem der Kohlebezug aus Deutschland durch den Schumanplan-Vertrag gesichert ist, zielt die französische Wirtschaftsplanung darauf ab, die Kokereianlagen zu erweitern. In Verneuil sind die Pläne dazu bereits vom Forschungsinstitut der Charbonnages de France ausgearbeitet.

Statt an der Ruhr verkoktem Koks will Frankreich also mehr Kohle kaufen und sie selbst verkoken. Sobald die dazu nötigen Anlagen in ausreichender Kapazität erstellt sind, wäre das Lothringer Erzgebiet damit komplett geworden: vom Erz bis zur Rasierklinge. Für die Ruhrwirtschaft aber ergäben sich ein Rückgang ihrer Verkokungsgewinne und ein Ausfall an Frachteinnahmen.

Gleichzeitig mit solchen Plänen betreibt die französische Partner-Industrie in auffälligem Tempo gerade das, was Westdeutschland durch das alliierte Entflechtungsgesetz Nr. 27 verboten wurde: die Konzentration der Unternehmen zu großen, kostensparenden Verbundeinheiten.

Während an der Ruhr die großen Weltunternehmen in über fünfzig kleinere zerschlagen wurden, schloß sich in Frankreich eine Gruppe von Unternehmen nach der anderen zu großen Konzernen zusammen. Zu dem vierten dieser Konzerne wurden am 23. Oktober drei bisher selbständige Firmen mit fünf Erzbergwerken, vierzehn Hochöfen, sieben Stahlwerken und vier Großbetrieben der Weiterverarbeitung unter dem Namen „Lorraine-Escaut“ zusammengeschlossen. In der Begründungserklärung dazu hieß es ganz deutlich: aus Rationalisierungserwägungen und zum Zwecke der Selbstkostensenkung.

Vor dem Hintergrund der Konjunkturabschwächung und solcher neuen Verbund-Gruppen im Auslande wurde auf dem westdeutschen Eisenhütten tag in Düsseldorf auch zum erstenmal in aller Offenheit zur Debatte gestellt, warum der westdeutschen Schwerindustrie diese Möglichkeiten zur Kostensenkung immer noch verwehrt werden. Fachleute veranschlagen die Verteuerung der Produktionskosten durch die Auflösung der bewährten westdeutschen Verbundwirtschaften noch immer auf 20 bis 60 Mark je Tonne Stahl.

Die heutigen Zahlen in der Betriebsabrechnung der Stahlwerke an der Ruhr machen das Verlangen der Fachleute immer dringlicher: Den deutschen Unternehmen der Schwerindustrie muß wieder der Zusammenschluß zu größeren wirtschaftlichen Einheiten gestattet werden. Es geht nicht ohne Rekonzentration.

Da diese Forderung der ökonomischen Vernunft besonders in französischen Ohren sehr leicht zum Schlagwort von der Wiedergeburt der verhaßten deutschen Großkonzerne werden kann, hätte Jean Monnet auch dieses heiße Eisen gerade in einer Woche hitziger französischer Parlamentsdebatten über Deutschland nur äußerst ungern in die Hand genommen.

Mit der Verschiebung seines Bonner Besuchs hat sich Europas kleiner Stahl- und Kohlekönig für die zahlreichen drängenden Fragen seiner deutschen Untertanen eine kurze Bedenkzeit eingehandelt. Wenn er seinen Besuch im Dezember nachholt, werden die Fragen und Zweifel um die gegenwärtige Eisenflaute kaum behoben sein.

Die Zeit ist da, in der auch Wirtschaftsminister Erhard unter Vertrauten offen bekennt: „Ich war nur aus politischen Gründen für die Montanunion. Daß sie wirtschaftlich so nicht funktionieren kann, wußte ich von Anfang an.“